

Kiel, 02. Oktober 2018

Nr. 09/2018

Themen aus dem Landtag (15. Tagung 26. bis 28. 09. 2018)

Mieter, Eltern und Beschäftigte haben von dieser Landesregierung nichts zu erwarten!

Zu den Haushaltsberatungen für das Jahr 2019 erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Ralf Stegner:

„Vielen Menschen in Schleswig-Holstein geht es gut. Das spiegelt auch die Finanzsituation des Landes wider. Wohl niemand, der heute Politik macht, kann sich an vergleichbar gute Zahlen in seiner aktiven Zeit erinnern. Selbst gegenüber dem ohnehin großzügigen Ansatz für 2018 fließen noch einmal rund 600 Millionen Euro mehr in die Kasse des Landes. Wir sagen als Opposition ausdrücklich: Das ist ein Glücksfall für unser Land.

Die gute Lage hilft der Koalition. Konflikte werden im Zweifel unter Geld begraben, jede Kritik wird mit dem Puderzucker öffentlichkeitswirksamer Finanzzusagen überzogen.

Wer derzeit Geld benötigt oder das behauptet, in das politische Beuteschema eines der drei Koalitionspartner passt und dann auch noch eine TV-Kamera in der Nähe hat, der kann sich schon beinahe mit Sicherheit auf eine Förderung freuen.

Keine Frage: An vielen Stellen ist das Geld gut angelegt. Und einiges von dem hätten wir sicherlich auch getan. Manches, was die Küstenkoalition angeschoben hatte, setzt die schwarze Ampel nun mit mehr Geld fort. Das loben wir. Aber anderes ist halt erkennbar Unsinn und ein unseriöser Umgang mit Steuergeldern.

Ja, noch keine Landesregierung hatte je so viel Geld zur Verfügung. Aber zur traurigen Wahrheit gehört eben auch, dass noch keine Landesregierung derart planlos damit um sich geworfen hat. Die Landesregierung ist nicht der Weihnachtsmann. Es ist nicht Ihr Job Wunschzettel abuarbeiten, sondern diesem Land einen klaren Kurs zu geben – und den kann spätestens in Anbetracht der wilden Ausgabeankündigungen der letzten Wochen wirklich niemand mehr erkennen!

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Die Kosten für Kinderbetreuung sind – mit regionalen Unterschieden – nach wie vor eine krasse Belastung für ganz normale Familien in Schleswig-Holstein. Bei manchen ist es der Jahresurlaub, bei anderen die Immobilienfinanzierung, die daran scheitern, dass Monat für Monat teilweise viele Hundert Euro für die Krippe oder Kita bezahlt werden müssen. Daran wird diese Landesregierung absehbar nichts ändern. Denn der viel beschworener Prozess zur Neuordnung der Kita-Finanzierung hat einen großen Geburtsfehler: Das Ziel ist nebulös. CDU, FDP und Grüne hätten an den Anfang das Ziel der Beitragsfreiheit stellen und die anderen Punkte darauf aufbauen können. Dann hätten sie ein konkretes Ziel. Stattdessen bleiben die Regierungsfaktionen nach wie vor im Ungefähren. Auch nach bald anderthalb Jahren kommt von ihnen nicht mehr als die Ankündigung einer Beitragsgrenze, die irgendwann kommen, irgendeine Höhe haben und irgendwem helfen soll. Wann, wie und wem – das weiß niemand! Schleswig-Holstein wird damit im Norden zunehmend isoliert. Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern – alle unsere Nachbarn machen sich unter sozialdemokratischer Führung auf den Weg zur Beitragsfreiheit. Und währenddessen ist es ja noch nicht einmal so, dass die Kita-Beiträge in Schleswig-Holstein zumindest sinken würden. Im Gegenteil werden sie vor Ort teilweise sogar mit schwarz-gelber Mehrheit und unter Verweis auf die Kita-Politik der Landesregierung erhöht. Das ist ein Totalausfall! Wer heute Kita-Kinder hat, wird von dieser Koalition keine Entlastung mehr sehen. Traurig, aber wahr.

Wohnungsnot ist in Schleswig-Holstein längst ein allgegenwärtiges Problem. Nicht nur zum Semesterstart auf dem Kieler Westufer, sondern auch außerhalb der klassischen Ballungsräume und für ganz viele Menschen mit ganz normalen Einkommen. Der große wohnungspolitische Impuls dieser Landesregierung war bislang, im vergangenen Haushalt Mittel für ein Gutachten zur Abschaffung der Mietpreisbremse einzustellen. Das war von Anfang an schräg. Aber es ist erstens auch überholt, weil die SPD in der Großen Koalition sogar noch eine Verschärfung der Mietpreisbremse auf den Weg gebracht hat. Und zum anderen haben zumindest wir von diesem Gutachten auch nie wieder was gehört. Und das war auch schon das größte Engagement von CDU, FDP und Grünen in diesem Bereich!

Mit der SPD gäbe es einen konsequenten Einsatz für die Mieterrechte. Mit der SPD gäbe es konkrete Hilfe für Kommunen wie Kiel oder anderswo, die den Wohnungsbau selber in die Hand nehmen. Und für die Wohnungsbaugenossenschaften, die den Miethaien etwas entgegen stellen, sowieso! Mit uns würde das Grundrecht auf Wohnen konkret ausbuchstabiert, während die Koalition sich ja noch nicht einmal einig, ob es so ein Grundrecht überhaupt geben sollte. Nirgendwo wird so deutlich, dass Uneinigkeit die drei Koalitionspartner teilweise quälend lähmt wie bei diesem Thema. Für uns Sozialdemokraten ist bezahlbares Wohnen ein Grundrecht. Im

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Grundgesetz steht nicht: Jeder ist sich selbst der Nächste, sondern „Eigentum verpflichtet“. Davon ist bei der schwarzen Ampel nichts zu merken.

Ein Trauerspiel ist auch der Umgang dieser Landesregierung mit den eigenen Beschäftigten. Da muss es erst ein Gerichtsurteil geben, damit sie in die Gänge kommt. Flott vor den Haushaltsberatungen kündigt die Finanzministerin jetzt noch Verbesserungen bei den Familienzulagen an, um in den niedrigeren Besoldungsgruppen zumindest den gerichtlichen Anforderungen zu genügen. Alle Welt redet vom Fachkräftemangel. Uns allen ist klar, was für eine riesige Herausforderung auf das Land zukommt. Nachwuchs ist keine Selbstverständlichkeit, wir stehen im Wettbewerb. Nicht nur mit den Nachbarländern, sondern auch mit der freien Wirtschaft. Es wird nicht reichen, gerade mal den Ansprüchen eines Gerichtsurteils zu genügen, um in diesem Wettbewerb zu bestehen, da braucht es mehr!

Ich erinnere die Kolleginnen und Kollegen der CDU gerne immer wieder daran: Es war 2007 die Große Koalition, die das Weihnachts- und Urlaubsgeld für einen großen Teil unserer Landesbeamten abgeschafft hat. Nicht leichtfertig, sondern vor dem Hintergrund der damaligen Haushaltssituation. Aber ich habe damals als Innenminister stellvertretend und in Absprache für beide Parteien eine Zusicherung gegeben: Wenn die Haushaltslage des Landes sich nachhaltig bessert, dann geben wir den Beamtinnen und Beamten ihre Sonderzahlungen zurück. Wie viel besser muss die Haushaltslage des Landes denn noch werden, bis auch die CDU sich an die Erfüllung dieses Versprechens gebunden fühlt? Wir haben im vergangenen Jahr einen Gesetzesentwurf vorgelegt, um über drei Jahre zum Zustand von 2007 zurückzukommen. Wenn CDU, FDP und Grüne sich nicht sperren würden, könnten wir jetzt schon den zweiten Schritt gehen. Stattdessen drucksen sie rum. So wird der Landesdienst kein Stück attraktiver!

Ein neuer Aufbruch – davon lässt sich auch in diesem Jahr wenig erkennen. CDU, FDP und Grüne denken eben nicht in großen Linien, sondern immer nur bis zum nächsten Pressetermin. Das ist auch der Geist, den ihr Haushalt atmet. Die Regierung sollte mit dem Geld endlich die großen Probleme des Landes angehen – dann wären wir ein ganzes Stück weiter!“

Hier gehts zur Rede von Ralf Stegner: <https://www.youtube.com/watch?v=ioBzUZPb7sU>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Der Ehrliche darf nicht der Dumme sein

Internetplattformen wie Airbnb erfreuen sich auch in Schleswig-Holstein zunehmender Beliebtheit. Faire Vermietungen brauchen aber auch faire Regeln. Deshalb hat die SPD-Landtagsfraktion einen Antrag in die Sitzung eingebracht, der genau das zum Inhalt hat. Dazu erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Beate Raudies:

„Die ursprüngliche Idee von Vermietungsplattformen wie Airbnb ist bestechend einfach: Wenn ich ein freies Zimmer habe, kann ich mir übers Internet einen kurzfristigen Mieter suchen. Die Plattform übernimmt die Werbung, die Vermittlung und den Zahlungsverkehr, erhält dafür einen Anteil der Mieteinnahme und leitet den Rest an mich weiter. Ich muss nur dafür sorgen, dass das Zimmer sauber, ordentlich und verfügbar ist. Mittlerweile dominieren auf vielen Plattformen aber Inserate von kommerziellen oder Mehrfach-Anbietern. Und manche Eigentümer haben entdeckt, dass es deutlich rentabler ist, eine Wohnung tageweise zu vermieten als über einen längeren Zeitraum. Niemand kontrolliert, ob die vermieteten Unterkünfte etwa Qualitätskriterien erfüllen, ob sie regelmäßig gereinigt und instandgehalten werden und ob die Vermieter die mit der Vermietung zusammenhängenden Steuern und Abgaben abführen. Ein touristischer Beherbergungsbetrieb muss dagegen zahlreiche Regeln beachten und vielfältige Auflagen einhalten: Brandschutz, Hygiene, Arbeitsrecht oder Steuergesetze – die Liste ist lang. Vermieter, die Steuern und Abgaben ordnungsgemäß abführen und sich somit nicht zuletzt auch an der Finanzierung der touristischen Infrastruktur beteiligen, dürfen im Wettbewerb nicht benachteiligt sein. Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Mieten sind steuerpflichtig, auch wenn sie über Online-Portale wie Airbnb eingenommen werden. Und Geschäftsmodelle wie das von Airbnb können dazu führen, dass der Öffentlichen Hand Steuereinnahmen verloren gehen. Damit stellen wir nicht jeden Vermieter unter Generalverdacht – ich bin sicher, dass der Großteil der Vermieter in Schleswig-Holstein seinen steuerlichen Verpflichtungen nachkommt. Aber es bedarf klarer Regeln. Es kann und darf doch nicht sein, dass der Ehrliche der Dumme ist. Mit unserem Antrag machen wir eine Reihe von Vorschlägen, wie diese klaren Regeln aussehen und wie sie kontrolliert werden könnten. Zunächst bedarf es eines verbesserten steuerlichen Informationsaustausches auf Bundes- und EU-Ebene. Die Nutzerdaten von Portalen, auf denen Immobilien zur Vermietung an Feriengäste angeboten werden, müssen durch die Steuerverwaltung erhoben werden können. Dies kann - nach dem Vorbild Dänemarks oder wie in den Städten Florenz oder Amsterdam - über Verträge mit den Betreibern der Portale geschehen. Eine befriedigende Lösung ist das aber nicht, führt sie doch zu einem Flickenteppich von unterschiedlichen

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Regelungen. Wünschenswert wäre ein automatisierter Datenaustausch. Derzeit muss das Bundeszentralamt für Steuern nämlich ein Auskunftersuchen, eine sog. Gruppenanfrage, nach Irland schicken, um die Herausgabe von Daten zu erreichen. Zumindest prüfen sollte man, ob und unter welchen Bedingungen für die Anbieter von Wohnungen, die diese über ein Buchungsportal vermieten möchten, eine Registrierungspflicht in Betracht kommen könnte.

Unerlässlich ist auch eine Stärkung der Steuerverwaltung und der Kommunalverwaltungen, um in jedem Fall eine ordnungsgemäße Abführung von Steuern und Abgaben zu gewährleisten. Denn die erhaltenen Daten der Vermieter müssen von den deutschen Finanzbehörden einzeln daraufhin überprüft werden, ob diese in ihren Steuerklärungen entsprechende Einkünfte aus der Vermietung angegeben haben.

Auch über das Thema der Zweckentfremdung von Wohnraum könnte man an dieser Stelle noch lange reden. Sicherlich ist die Situation in Schleswig-Holstein nicht so brisant wie in Berlin oder Hamburg. Aber wir sollten unsere Kommunen zumindest in die Lage versetzen, über lokale Satzungen regelnd einzugreifen.“

Rede verpasst? Kein Problem! Hier geht's zur Rede von Beate Raudies:

<https://youtu.be/fUgWDYIclz4>

Ein Ministerium für alle Schulen

Die SPD-Landtagsfraktion hat für die Plenartagung einen Antrag eingebracht, um die Zuständigkeit für die berufsbildenden Schulen beim Bildungsministerium zu belassen. Dazu erklärt der Sprecher der Fraktion für berufliche Bildung, Tobias von Pein:

„Es war nur dem Koalitionsproporz geschuldet, dass die Jamaika-Koalition sich 2017 bei ihren Verhandlungen auf die absurde Idee verständigt hatte, die Zuständigkeit für die berufsbildenden Schulen vom Bildungs- ins Wirtschaftsministerium zu verlagern, sobald das Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung (SHIBB) gegründet wäre. Auf diese Weise sollte Minister Buchholz etwas mehr Kompetenzen erhalten. Eine inhaltliche Rechtfertigung dafür gibt es nicht.“

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Das SHIBB ist ein Projekt aus der Ära von Britta Ernst (SPD), das wir auch weiterhin unterstützen, weil wir davon eine Aufwertung der beruflichen Bildung erwarten. Wir wollen ein Schulsystem, in dem die allgemeinbildenden und die berufsbildenden Schulen gleichwertig nebeneinander stehen und gegenseitig durchlässig sind. Die Koalition richtet stattdessen neue Mauern zwischen diesen beiden Zweigen unseres Schulwesens ein.

Unsere wesentlichen Kritikpunkte sind:

- Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht pädagogische Belange beiseite schieben.
- Die Verlagerung ins Wirtschaftsministerium würde die Ziele, die mit dem SHIBB verbunden sind, in Frage stellen.
- Schleswig-Holstein würde einen bundesweit einmaligen Sonderweg gehen, der nicht mit dem Gedanken der Gleichwertigkeit vereinbar ist und auch die länderübergreifende Durchlässigkeit in Frage stellen würde.
- Es sähe schon komisch aus, wenn Schleswig-Holstein künftig sowohl mit Frau Prien als auch mit Herrn Buchholz auf der KMK auflaufen wollte.

Wir haben mehrfach gesehen, dass Jamaika beratungsresistent ist und unabhängig von Kritik seine Absichten durchsetzt. Wenn die SPD in die Regierung zurückkehrt, werden wir diese Verlagerung schnellstmöglich rückgängig machen.“

Hier können Sie sich die Rede von Tobias von Pein anschauen: <https://youtu.be/jSpj3Ey0kZc>

Landesregierung weiter mit mehr Diffusion als Inklusion

Bildungsministerin Prien lies in einer Pressemitteilung mit einer Aussage aufhorchen, in der sie behauptete, dass Inklusion kein Selbstzweck sei. Selbstverständlich aber ist Inklusion Selbstzweck, weil es ein Menschenrecht ist. Die SPD hat das Thema im Landtag debattiert und gravierende Fehler ausgemacht, die derzeit von Jamaika bei der Inklusionspolitik begangen werden. Dazu erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

„Nachdem sie im Landtagswahlkampf 2017 die Umsetzung der Inklusion noch als verantwortungslos bezeichnet hatte, beließ es Bildungsministerin Prien bei den wesentlichen

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Weichenstellungen und versucht den Eindruck zu erwecken, gleichzeitig dafür und dagegen zu sein. In der aktuellen Debatte um bundesweite Standards für die Umsetzung der Inklusion könnte Schleswig-Holstein aufgrund unserer seit 1990 gemachten Erfahrungen eine führende Rolle einnehmen. Mit Larmoyanz und Rückwärtsgewandtheit hat sich die Landesregierung dieser Möglichkeit allerdings beraubt.

Aus unserer Sicht machen CDU, FDP und Grüne derzeit gravierende Fehler:

- Nachdem Grundschulen bereits heute weitgehend inklusiv arbeiten, steigt die Exklusionsquote nach Klasse 4. Mit der Wiedereinführung der schriftlichen Schulartempfehlung, der geplanten Trennung der Lehrkräfteausbildung nach Ständen und anderen rückwärtsgewandten Maßnahmen wird der Gedanke des Sortierens wieder gestärkt. Besondere Herausforderungen werden bei den Gemeinschaftsschulen abgeladen, anstatt Stück für Stück alle Schulen, also auch die Gymnasien, in die Verantwortung zu nehmen.
- Schulen brauchen eine bessere personelle Ausstattung, um den Herausforderungen gerecht zu werden. Zusätzliche Lehrkräfte helfen allerdings nur, wenn sie nicht zusammen mit zusätzlichen Aufgaben an die Schulen kommen. Die Landesregierung jedoch hat die Zahl der zu unterrichtenden Stunden erhöht und den Schulen damit die Möglichkeit genommen, die neuen Kräfte zur Förderung einzelner Schülergruppen oder zur Doppelbesetzung von Stunden, besonders sinnvoll wäre das in der Grundschule in Deutsch und Mathematik, zu nutzen. Im Gegenteil werden in Zeiten hoher Krankenstände und vieler nicht oder falsch besetzter Stellen solche Doppelbesetzungen oft zuerst aufgelöst, um den Verpflichtungen des Stundenplans wenigstens einigermaßen nachzukommen.
- Schulen brauchen funktionierende Unterstützungssysteme. Der Landesrechnungshof forderte in seinem Bericht „Inklusion an Schulen“ 2017 multiprofessionelle Teams und Kooperationsbudgets. Beides würde vor allem Grundschulen und Gemeinschaftsschulen zugute kommen. Die Landesregierung konzentrierte sich stattdessen bisher auf die Wiedereinführung von G9 an Gymnasien und Schönschrift an Grundschulen.
- In Schleswig-Holstein steht längst nicht mehr die Senkung der Exklusionsquote im Mittelpunkt. Lernen im Bundesschnitt noch vier von 100 Schülerinnen und Schülern getrennt von den anderen, sind es in Schleswig-Holstein nur zwei. Gerade im Bereich des geistigen und körperlichen Förderbedarfs wird es in absehbarer Zeit ohne Förderzentren nicht gehen, hier sind andere Modelle gefordert, wie etwa in Ahrensburg beim gemeinsamen Campus von Förderschule und Grundschule zu finden. Neue Impulse hier: Fehlanzeige.
- Der „Runde Tisch Inklusion“, der sich einst mehrfach im Jahr traf und Fachleute aus dem ganzen Land vernetzte, gemeinsame Herausforderungen beschrieb und Lösungen entwarf, hat sich unter der Bildungsministerin Prien noch nicht ein einziges Mal getroffen.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion wird die Landesregierung auch in dieser Legislaturperiode einen Inklusionsbericht vorlegen, wie es ihn bereits in den vergangenen beiden Perioden gab. Lag dem 1. Inklusionsbericht (Regierung: CDU, FDP) noch ein engerer Inklusionsbegriff zugrunde und die Auffassung, Inklusion sei kostenneutral umzusetzen, formulierte der 2. Inklusionsbericht (Regierung: SPD, Grüne, SSW) eine weitergehende Zielvorstellung einer inklusiven Schule und bestätigte weitergehende Ressourcenbedarfe. Man darf gespannt sein, ob sich im dritten Bericht die Rückwärts-Ideologie von Frau Prien durchsetzen wird.“

Hier finden Sie die Rede zu diesem Thema von Martin Habersaat:

https://youtu.be/Y8APQIPKG_U

Eine Stärkung der Familienbildungsstätten ist eine Investition in unsere Gesellschaft

Die SPD-Fraktion hat einen Antrag zur Stärkung der Familienbildungsstätten in Schleswig-Holstein in den Landtag eingebracht (Drs. 19/968). Dazu erklärt die stv. Vorsitzende und familienpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Serpil Midyatli:

„Familienbildungsstätten sind mit ihren generationsübergreifenden Angeboten Orte lebenslangen Lernens. Sie bieten Eltern Unterstützung bei der Erziehung und Bildung ihrer Kinder – vor allem in den ersten Lebensjahren. Insbesondere Alleinerziehende und sozial benachteiligte Familien können davon profitieren. Darüber hinaus leisten sie mit ihrer Unterstützung für Familien mit Migrationshintergrund einen wertvollen Beitrag zur Integration. Familienbildungsstätten orientieren sich am Bedarf der Familien vor Ort und begleiten, unterstützen und entlasten sie in allen Lebenslagen. Sie sind ein unverzichtbares Bildungs- und Beratungsangebot in Schleswig-Holstein. Daher fordern wir die Landesregierung dazu auf, die Bildungs- und Beratungsarbeit der Familienbildungsstätten in Schleswig-Holstein zu stärken, so dass diese für alle Familien und ihren Kindern offen stehen und kostengünstig bzw. kostenfrei angeboten werden können.“

Hier finden Sie die Rede zu diesem Thema von Serpil Midyatli: <https://youtu.be/7Xo9iTVXI-A>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Der AfD geht es gar nicht um das Opfer

In der Landesunterkunft für Flüchtlinge in Boostedt kam es zu einer versuchten Tötung einer Afghanin durch ihren Partner. Als der Vorfall öffentlich wurde, meldete die AfD eine aktuelle Stunde an. Dazu erklärt der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Kai Dolgner:

„Mit Entsetzen mussten wir von der versuchten Tötung einer 34jährigen Frau durch ihren Partner in der Landesunterkunft in Boostedt erfahren und wir sind froh, dass das Opfer inzwischen das Krankenhaus verlassen konnte und der mutmaßliche Täter in der JVA auf sein Strafverfahren wartet. Familientragödie oder Beziehungsdrama sind verharmlosende Begriffe, die leider immer noch benutzt werden, wenn eine Frau Opfer ihres Partners wird, nur weil diese versucht hat, den Machtbereich des Mannes zu verlassen. Eine „Tragödie“ oder ein „Drama“ impliziert aber immer auch eine Mitschuld der Frauen. Deshalb ist die richtige Bezeichnung hier Frauenmord bzw. Feminizid! Durchschnittlich jeden Tag wird eine Frau Opfer eines Feminizids oder eines versuchten Feminizids durch ihren Partner. Frau von Sayn-Wittgenstein versucht auf ihrer Homepage bewusst den Eindruck zu erwecken, dass Gewalt gegen Frauen nicht ein Gesamtproblem der Gesellschaft sei, sondern ausschließlich von Männern aus dem islamischen Kulturkreis ausginge. Ein Frauenmord durch den Partner entspringt sehr häufig aus einem archaisch-patriarchalischen Frauenbild des Täters. Hinzu kommen soziostrukturelle Faktoren, wie schwierige sozialen Lagen und mangelnde Bildungs- und ökonomische Ressourcen. All das erhöht das Risiko für eine Frau Gewaltopfer in der Partnerschaft zu werden. Es ist eine kriminologische Binsenweisheit, dass Zuwandererfamilien diesen Faktoren überproportional ausgesetzt sind. Aber auch wenn der Täter Heinz oder Klaus heißt, finden wir häufig die gleichen Rechtfertigungsmuster, die gleichen soziostrukturellen Faktoren und das gleiche archaisch-patriarchalische Frauenbild. Die höchsten Frauenmord-Raten in Partnerschaften finden sich übrigens im christlich geprägten Lateinamerika. Aber auch Deutschland liegt im europäischen Vergleich nur im Mittelfeld. Aber all das interessiert die AfD natürlich nicht. Dieser Partei geht es aber gar nicht wirklich um die Opfer, sonst würde sie über alle ca. 400 jährlichen Fälle reden.“

Hier gehts zur Rede von Kai Dolgner: <https://youtu.be/9Iztiq64UT8>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Jeder soll seine eigene Identität selbstbestimmt und frei leben können

Die SPD will, dass der Geschlechtseintrag „divers“ in Zukunft allen Personen offensteht und hat einen diesbezüglichen Antrag in die Landtagsitzung eingebracht. Dazu erklärt die stv. Vorsitzende und queerpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Serpil Midyatli:

„Wenn wir auf die letzten Jahre zurückschauen, hat unsere Gesellschaft einen großen Wandel gegenüber Menschen, die sich nicht in die heterosexuelle und zweigeschlechtliche Norm einordnen lassen wollen, vollzogen. Es geht dabei um die eigene Identität, die man selbstbestimmt leben möchte. Ich bin sehr froh, dass wir die Diskriminierung gegenüber LSBTTIQ Stück für Stück abbauen.“

Teilweise geht das leider nicht immer freiwillig. So hat das Bundesverfassungsgericht 2017 geurteilt, dass, „die Regelungen des Personenstandsrechts mit den grundgesetzlichen Anforderungen insoweit nicht vereinbar sind, als § 22 Abs. 3 Personenstandsgesetz (PStG) neben dem Eintrag „weiblich“ oder „männlich“ keine dritte Möglichkeit bietet, ein Geschlecht positiv eintragen zu lassen. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht schützt auch die geschlechtliche Identität derjenigen, die sich dauerhaft weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen. Darüber hinaus verstößt das geltende Personenstandsrecht auch gegen das Diskriminierungsverbot soweit die Eintragung eines anderen Geschlechts als „männlich“ oder „weiblich“ ausgeschlossen wird.“ Die Bundesregierung hat nun den Auftrag erhalten, bis Ende dieses Jahres eine Neuregelung zu schaffen.

Es liegt nun ein Gesetzentwurf vor, der einen dritten Geschlechtseintrag „divers“ im Personenstandsgesetz vorsieht. Aber leider hat dieser Gesetzentwurf einen Haken: Der Eintrag „divers“ steht nicht allen Menschen offen. Nur Menschen mit „Varianten der Geschlechtsentwicklung“ dürfen sich bei „divers“ eintragen. Damit ist eine Gruppe von intergeschlechtlichen Menschen gemeint. Bei ihnen lassen sich Geschlechtsmerkmale wie Hormone, Keimdrüsen oder Chromosomen nicht eindeutig in "männlich" oder "weiblich" einordnen. Des Weiteren ist nach dem Gesetzentwurf die Vorlage eines ärztlichen Attests notwendig. Diese Einschränkungen sind aber mit einer selbstbestimmten Identität und einem selbstbestimmten Leben nicht vereinbar. Eine ärztliche Begutachtung wird von Betroffenen als demütigend empfunden.

Die SPD versucht in der großen Koalition sich für alle Menschen in unserem Land einzusetzen, aber bei diesem Gesetzentwurf ist leider nur eine Minimallösung herausgekommen. Daher hoffen wir, dass aus den Bundesländern noch einmal Druck aufgebaut werden kann. Im

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de



Bundesrat liegt auch ein Antrag, der sich mit dem Thema befasst, mitgetragen von Schleswig-Holstein. Hieraus ist dann auch der Alternativantrag der regierungstragenden Parteien entstanden, der in unsere Richtung geht. Ich freue mich, wenn wir bei dem Thema an einem Strang ziehen und hier dem Bundesinnenminister und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Feuer machen. Und wenn wir diesen Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes hoffentlich zufriedenstellend abgearbeitet haben, muss unbedingt und unverzüglich das Transsexuellengesetz durch ein modernes Gesetz zur Anerkennung der Geschlechtsidentität und zum Schutz der Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung ersetzt werden. Auch bei diesem Gesetz hatte das Bundesverfassungsgericht schon mehrere Regelungen für verfassungswidrig erklärt.“

Die Rede dazu von Serpil Midyatli: <https://youtu.be/3ijwk4ZLKms>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de